



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

„Deutschland wird Deutschland bleiben!“

Angela Merkel warnt davor, die Sprache der Rechtspopulisten zu übernehmen

In dieser Woche begann der Bundestag mit den Beratungen über den Bundeshaushalt 2017. Traditionell kommt es dabei zu einer sog. „Generaldebatte“, in der die Bundeskanzlerin ihre Politik erläutert.

Die Rede der Bundeskanzlerin und die anschließende Aussprache standen natürlich unter dem Eindruck der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern vom letzten Wochenende. Dort erzielte nicht nur die CDU ein bitteres Ergebnis, sondern auch SPD und Linkspartei haben bei diesen Wahlen massiv an die AfD verloren. Angela Merkel betonte daher, dass die AfD eine Herausforderung für alle Parteien sei, nicht nur für die CDU.

Dabei betonte die Bundeskanzlerin, dass die Situation im Bereich der Flüchtlingspolitik im Herbst 2016 um ein Vielfaches besser sei als bei der letzten Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2016 vor einem Jahr. Es seien viele wichtige Entscheidungen getroffen worden, um die Situation zu steuern, zu ordnen und so die Flüchtlingszahlen auf Dauer zu reduzieren. Zudem wurden grundlegende Abläufe im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verändert, damit die Entscheidungen schneller gefällt werden können. Zudem sei das Asylrecht durch zwei Gesetzespakete deutlich verschärft worden. Die Kanzlerin betonte zudem, dass die zusätzlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau und den Kitausbau nicht allein Flüchtlingen, sondern allen Menschen in Deutschland zugutekommen.

Ein wichtiger Aspekt in ihrer Rede war die Sicherheitslage in Deutschland. Bereits vor den Anschlägen von Ansbach und Würzburg sei begonnen worden, die Sicherheitsstrukturen zu stärken, um die Innere Sicherheit zu verbessern. Terrorismus sei kein neues Problem, das erst mit den Flüchtlingen gekommen ist, so Angela Merkel. Da allerdings auch nicht jeder Flüchtling in guter Absicht kommt, werden weitere Maßnahmen in Angriff genommen, um die öffentliche Sicherheit in Deutschland zu stärken. „Die Menschen dürfen

von uns verlangen, dass wir das Menschenmögliche tun, um ihre Sicherheit zu gewährleisten“, so Angela Merkel. Daher würden bis 2018 rund 4 200 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei sowie 1 000 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen, zusätzliche Mittel für eine vernünftige Ausstattung, zeitgemäße Technik und eine moderne materielle Ausstattung ausgegeben, und zugleich werde auch ganz besonders intensiv an neuen Strategien zur sog. „Cybersicherheit“, also zum Schutz vor Angriffen aus dem Internet, gearbeitet. Die Kanzlerin verschwieg aber nicht, dass auch weiterhin viel zu tun bleibt. Ein großes Problem seien die Rückführungen. Die Bürger wollten ganz überwiegend jenen helfen, die Hilfe brauchen. „Sie erwarten aber zu Recht, dass wir aber auch denen, die kein Bleiberecht haben, sagen: Ihr müsst unser Land wieder verlassen, sonst können wir die Aufgabe nicht bewältigen“. Angela Merkel warnte in ihrer Rede insbesondere davor, in der politischen Auseinandersetzung sprachlich immer mehr zu eskalieren und warb für Mäßigung: „Wenn auch wir anfangen, in unserer Sprache zu eskalieren, gewinnen nur die, die es immer noch einfacher und noch klarer ausdrücken können“, betonte die Kanzlerin. Dies war ganz sicher auch gegen Vizekanzler Gabriel gerichtet, der rechte Demonstranten als „Pack“ beschimpfte und ihnen seinen Zeigefinger entgegenstreckte.

Abschließend betonte Angela Merkel, dass sich Deutschland seit der Gründung der Bundesrepublik immer wieder verändert habe. „Veränderung ist auch ein notwendiger Teil unseres Lebens. Dass unser Land dabei immer stark war und auch weiter stark sein wird, das beruht auf Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen spiegeln sich wider in unserer Liberalität, in unserer Demokratie, in unserem Rechtsstaat, in unserem überwältigenden Grundbekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Das alles, das, was ich gerade genannt habe, das wird sich nicht ändern“, so Angela Merkel. ■

Bundshaushalt auch 2017 ohne neue Schulden

Am 06. September stellte Bundesfinanzminister Schäuble den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017 der Bundesregierung und den Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020 vor. Demnach soll der Bundshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ohne neue Schulden auskommen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. EUR geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maas-tricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

Bundesministerium des Innern: Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR aufgestockt werden. Seit 2005 hat sich das Volumen dieses Haushalts fast verdoppelt.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Die Ausgaben sollen um gut 10 Mio. EUR auf 735 Mio. EUR sinken.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Mrd. EUR zur Verfügung. Gegenüber 2016 ist dies ein Aufwuchs von rund 1,2 Mrd. EUR. Seit 2009 ist dieser Haushaltsplan um 70% gewachsen.

Bundesministerium der Verteidigung: Angesichts wachsender internationaler Gefahren wird der Verteidigungshaushalt im Regierungsentwurf im kommenden Jahr um 1,7 Mrd. EUR auf rund 36,6 Mrd. EUR angehoben.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Die Ausgaben sollen im Haushaltsjahr 2017 erstmals auf rund 8 Mrd. EUR steigen, um vor allem Fluchtursachen in Afrika zu bekämpfen.

Bundesministerium für Gesundheit: Der Regierungsentwurf enthält Ausgaben von insgesamt rund 15,1 Mrd. EUR.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Die Ausgaben des größten Bundesetats sollen um 6,7 Prozent auf 138,6 Mrd. EUR ansteigen.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Der Regierungsentwurf sieht 2017 einen Ausgabenanstieg um rund 301 Mio. EUR auf rund 5,9 Mrd. EUR vor.

Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur: Die Ausgaben sollen 2017 um 9,2 Prozent auf rund 26,8 Mrd. EUR ansteigen. ■

Beschlüsse der CDU/CSU-Klausurtagung

Die diesjährige Sommerklausurtagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die am 1. und 2. September in Berlin durchgeführt wurde, stand ganz im Zeichen der inneren Sicherheit. So wurde ein 12-Punkte-Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit beschlossen, das Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene vorsieht. Beispielsweise soll die Bundespolizei bis 2020 um rund 7000 weitere Beamte verstärkt werden – nachdem bereits in dieser Legislaturperiode 4600 neue Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz geschaffen wurden. Außerdem sollen bis zu 400 Cyber-Ermittler die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich bilden. Hier sind große Anstrengungen notwendig, damit die Sicherheitsbehörden bei der rasanten technischen Entwicklung von den Verbrechen nicht abgehängt werden.

Im Kampf gegen den islamistischen Terror konnten auf Druck der Union bereits zahlreiche Maßnahmen beschlossen werden. So werden Reisen in terroristischer Absicht durch Passenzug unterbunden und unter Strafe gestellt. Hier kam es bereits zu ersten Verurteilungen, gerade derzeit steht ein bundesweit bekannter Islamist wegen einer Terrorreise vor Gericht.

Auch die Überwachung und der Einzug von Vermögen aus kriminellen Taten wurden erleichtert. Geplant sind die effektivere Überwachung von Islamisten und der Zugriff auf deren verschlüsselte Kommunikation. Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität soll die Schleierfahndung intensiviert werden, und die sozialen Medien und Messenger-Dienste sollen zur Speicherung von Nutzerdaten verpflichtet werden. Weitere Beschlüsse der Klausurtagung zielen auf einen verbesserten Schutz des Eigentums. Das neue Programm zur Förderung von Umbaumaßnahmen an Fenstern und Türen wird sehr gut angenommen. Durch eine Absenkung der Mindestinvestitionssumme auf 500 Euro wollen wir das Programm gerade für Mieter attraktiver machen. Auf internationaler Ebene soll der Schutz der europäischen Außengrenzen gestärkt werden, das Anti-Terror-Zentrum Europol gestärkt und die Zusammenarbeit der Behörden in Europa intensiviert werden.

Eine Gesamtübersicht zu dem 12-Punkte-Programm der Unionsfraktion finden Sie unter

https://www.cducsu.de/sites/default/files/160902_cducsu_faktenblatt_innere_sicherheit.pdf ■